

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion

1091

An die Kreisgewerkschafts  
Kommission

a. 21  
Fischern.  
Rastanstr. 87.



# Die demokratische

## tschechoslowakischen Arbeiterpartei der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . K 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährlich . . . 96.—  
ganzzährlich . . . 192.—  
Für Deutschösterreich  
monatlich SK 600.—, für  
Deutschland Mk. 40.—.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 12. Juli 1922.

Nr. 161.

### Eine Ministerrede.

Der Handelsminister Novak hat am Sonntag in Preßburg eine Rede gehalten, die nicht anders als eine ausgewaschene Rede gegen Deutschland bezeichnet werden kann. Die Beziehungen der Tschechoslowakischen Republik zu Deutschland werden in den Exposés unseres Außenministers stets als „korrekt“ bezeichnet. Das ist allerdings schon die höchste Kräfteleistung, zu der sich der Außenminister bei der Bezeichnung der Art der Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland aufzuschwingen vermag, denn als vor einigen Monaten der Präsident Masaryk von einem „wohlwollenden“ Verhältnis zu Deutschland sprach, mußte über Auftrag des Außenministeriums noch im letzten Augenblick in dem den Zeitungen bereits zugestellten amtlichen Bericht über diese Rede des Präsidenten der Ausdruck „wohlwollend“ in „korrekt“ umgeändert werden. Deutschland muß sich also damit abfinden, daß sein Nachbar zu ihm nicht „wohlwollend“, sondern bloß „korrekt“ Beziehungen unterhält, denn anders würde dies Frankreich, der freundliche Protektor der Tschechoslowakei, übel aufnehmen, und diesen Protektor zu verstimmen, darf Herr Dr. Beneš nicht wagen. Aber was der Herr Handelsminister — der mit dem Außenminister in erster Linie beraten wäre, ein gutes Verhältnis zu den Nachbarstaaten zu erhalten — am Sonntag in Preßburg sagte, war alles eher als „korrekt“, so daß man schon neugierig sein kann, zu erfahren, was der Herr Außenminister zu diesen gegen die deutsche Regierung feindseligen Äußerungen seines Kollegen aus dem Handelsressort zu sagen hat, denn dieser hat ihm mit seiner Rede in höchst bedenklicher Weise in die Suppe gespußt.

Diese Rede hat Herr Novak am Sonntag auf einem von den Vertretern aller wirtschaftlichen Körperschaften der Slowakei einberufenen Handelskongress gehalten. Der Herr Minister erklärte, an einige Äußerungen von Kongreßteilnehmern anknüpfend, er sei „überrascht“, von Kaufleuten, Industriellen und Gewerbetreibenden zu hören, daß sie sich nicht mit Politik befassen. Nun, diese Äußerungen werden nicht sehr ernst gemeint gewesen sein und der Minister hätte sich das Überraschtsein schon ersparen können. Doch Herr Novak benötigte es wohl als Introduction zu dem Lehrkurs, den er gleich darauf den versammelten Industriellen und Kaufleuten über die Art, wie sie Politik zu treiben haben, erteilte. Er sprach von dem hartnäckigen mitteleuropäischen Wirtschaftskampf und sagte hierbei, daß das, was Deutschland treibe, nichts anderes als ein neuer Unterseebootkrieg sei. Herr Novak versteht unter diesem neuen „Unterseebootkrieg“ Deutschlands zweifellos das rapide Sinken des Kurses der Mark, das er durch seine Äußerung als der bewußten Absicht der deutschen Regierung entspringend hinstellt. Danach sind nicht die wahnwichtigen Reparationsforderungen und die Vorgänge im Innern Deutschlands an dem katastrophalen Niedergang der deutschen Wälua Schuld — nein, der Herr Novak weiß es besser: es ist nach seiner Behauptung nur der böse Absicht Deutschlands, eben jenem „Unterseebootkrieg“ gegen die übrige Welt zuzuschreiben, daß der Wert der deutschen Wälua immer rapide versällt. Nun mag es ja richtig sein, daß vereinzelt Industriellenkreise in Deutschland das Sinken der Mark nicht ungern sehen, es zumindest für ein Glück im Unglück ansehen, da der Wälutardgang ihre Exportfähigkeit hebt, doch kein erster Wirtschaftspolitiker in Deutschland, am allerwenigsten die Regierung, kann sich der Erkenntnis verschließen, daß diese Art der Hebung der Exportfähigkeit, Deutschland und seiner Wirtschaft schließlich nur zum Ruin gereichen und zur Katastrophe der Reichsfinanzen führen muß. Deutschland schlechthin, das heißt seine Regierung, zu beschuldigen, daß es den Wert seiner Zahlungsmittel absichtlich dem Verderben entgegenziehe, das ist, gelinde gesagt, eine Frivolität, die nebenbei auch herzlich einseitig genannt werden muß. Bisher hat man ähnliche Behauptungen nur von einigen besinnungslosen

### Die flüchtigen Rathenaumörder gesichtet.

#### Kesseltreiben der Polizei bei Gardelegen gegen Major Fischer und Oberleutnant Kern.

Berlin, 11. Juli. Jetzt endlich ist die politische Polizei beiden noch flüchtigen Rathenaumördern, dem Major Hermann Fischer und dem Oberleutnant zur See a. D. Erwin Kern auf der Spur. Ein großes Fahndungskomitee hat sich unter Leitung mehrerer Kriminalkommissionen nach Gardelegen begeben und ist dort bereits eingetroffen. In einer dort mit dem Landgericht errichteten Fahndungszentrale ist seit gestern nacht die Verfolgung der beiden Mörder auf Motorrädern, Automobilen und mit Polizeihunden ausgenommen worden. Der Polizei ist es gelungen, den Weg, den die Mörder auf ihrer Flucht nach der Tat eingeschlagen haben, genau festzustellen. Fischer und Kern sind zunächst nach Rostock geflüchtet. Als sie dort aber nicht die Unterstützung fanden, auf die sie gerechnet hatten, fuhren sie mit der Eisenbahn nach Wiesmar und von dort nach Lenzen a. Elbe.

Es wurde jetzt die telegraphische Mitteilung an die Berliner politische Polizei gemacht, die ihrerseits ein größeres Fahndungskomitee nach Gardelegen entsendet. Von dort aus wurde dann die Verfolgung der beiden Täter ausgenommen, und zwar in der Weise, daß diesen nach jeder Richtung hin der Weg zur Flucht abgeschnitten wurde. Die Mörder haben nach ihrer Flucht aus Lenzen zunächst den Weg über Lüchow,

Zielendorf nach Krendsen genommen. Bei Zielendorf verloren sie ihre Generalstabskarte, die von den Polizeibeamten gefunden wurde. Es sind nun alle Landgerichtsämter und Polizeibehörden in Magdeburg, Braunschweig, Celle, Halberstadt und Nordhausen benachrichtigt worden. Auch in den kleinsten Dörfern sind die Ortschulzen genau instruiert worden, um einen Unterschlupf der Mörder auf einem Gute unmöglich zu machen. Diese haben ihr Geld dazu verwendet, sich neue Anzüge anzuschaffen. Die alten führen sie in Knäusen bei sich. Sie müssen jetzt gänzlich mittellos sein, denn die Polizei hat festgestellt, daß sie schon bei Bauern und in Forsthäusern um Brot gebettelt haben. Der Verlust der Generalstabskarte zwingt sie, bei der Landbevölkerung nach den Wegen zu fragen. Die Regierung hat inzwischen

eine neue Belohnung von einer zweiten Million Mark auf die Ergreifung der Mörder ausgesetzt. Die Berliner politische Polizei hat auch Kunde davon erhalten, daß die Mörder in der Nähe von Gardelegen gesehen worden sind. Das für den Aufenthalt der Mörder in Betracht kommende Gebiet wird zur Zeit durch Streifkommissionen mit Spürhunden abgesucht. Wie weiter mitgeteilt wird, sind die bisherigen Bemühungen der Polizei ausfruchtlos.

### Die Mitglieder der Organisation C jetzt man auf freien Fuß!

Berlin, 11. Juli. (Wolff.) Zur Untersuchung des Mordes an Rathenau wird mitgeteilt, daß von Killinger, von Hauptwih, Ehrentraut und Heinz vom Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. Sie sind oder waren Mitglieder des deutschvölkischen Schutz- und Trufbundes und der Organisation C, wollen aber von dem Anschlage auf Rathenau

nichts gewußt haben. Eine Beteiligung an dem Anschlage ist ihnen nach der Ansicht des Untersuchungsrichters nicht nachzuweisen. Die übrigen bisher dem Untersuchungsrichter vorgeführten Personen haben mehr oder weniger vorher von dem Attentate gewußt oder sind durch irgend welche Hilfestellungen vor oder während der Tat daran beteiligt.

Rationalisten in der französischen Kammer zu hören bekommen, denen der Deutschenhaß restlos das bisherige Verstand umnebelt hat. Sie und da konnte man der Behauptung von der absichtlichen Ruinierung des Markkurses durch Deutschlands Regierung höchstens noch in einigen der ärgsten tschechischen Heftblätter begegnen, daß aber ein Minister auf dieses Niveau herabsteigt, das ist wohl nur hierzulande möglich und muß als tschechoslowakische Spezialität erklärt werden. Schließlich müßte jeder Minister doch darauf gefaßt sein, daß man ihn nach den Weisen für eine solche, Deutschland schwer beschuldigende Behauptung frägt, so daß man als sicher annehmen kann, daß kein Minister mit Verantwortungsgefühl, außer eben Herr Novak, die Neigung zeigen würde, vor aller Welt einer unwahren Behauptung überwiesen zu werden.

Der Herr Handelsminister zeigte sich noch an einer anderen Stelle seiner Rede „überrascht“, nämlich, als er auf dem Preßburger Handelskongress hörte, daß die Stabilisierung der tschechischen Krone „in unserem Innenleben nirgends zum Ausdruck komme“. Das Recht „überrascht“ zu sein, ist da ganz auf Seite der Bevölkerung über ihren famosen Handelsminister, der zu seiner Überraschung erst auf dem Handelskongress zu Preßburg erfährt, daß der Kursanstieg der tschechischen Krone — Herr Novak nennt das „Stabilisierung“ — keinen Rückgang der Inlandspreise bewirkt habe. Der Minister sang dann ein Loblied auf unsere Wirtschaft: „Wir sind der einzige Staat in Mitteleuropa, der bereits heute zu festen Preisen verkaufen kann“. Wenn er die Veto-

### Reichstagsauflösung.

(Von unserem Berliner Korrespondenten.)

Die beiden bürgerlichen Parteien der Koalition, das Zentrum und die Demokraten, haben die Aufforderung der Sozialdemokraten an die Unabhängigen, in das Kabinett Wirth einzutreten, damit beantwortet, daß sie bei der Deutschen Volkspartei anfragten, ob sie bereit sei, sich an der Regierung zu beteiligen. Es wird dabei die Übereinstimmung darüber vorausgesetzt, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform möglich sei. Dem Staate seien alle Nachmittel zur Verteidigung der Republik zu gewähren und die Bemühungen der Regierung, die außenpolitischen Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu verbessern, seien zu unterstützen. Die Deutsche Volkspartei hat darauf geantwortet, daß sie zum Schutze der verfassungsmäßigen Staatsform bereit sei, und daß auch in den anderen grundsätzlichen Fragen eine Übereinstimmung vorliege. Sie sei daher bereit, sich an der Regierung zu beteiligen. Man urteilt sehr gelinde, wenn man dieses Frage- und Antwortspiel als eine Komödie bezeichnet. Denn erstens ist die Deutsche Volkspartei dafür bekannt, daß sie die Wiederherstellung der Monarchie anstrebt und daß sie die Teilnahme an der Regierung der Republik nur dazu benützen würde, um sie zu untergraben. Zweitens aber ist nicht daran zu denken, daß die unabhängigen Sozialdemokraten sich an einer Regierung zugleich mit der Deutschen Volkspartei beteiligen würden und auch die Sozialdemokraten haben mit aller Bestimmtheit erklärt, daß für sie nur die Erweiterung der Koalition nach links in Frage komme. Wenn also die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien ihr komödiantisches Zwischenspiel nicht bald beenden, so tragen sie die Mitschuld daran, daß das Reich in die schwerste wirtschaftliche und politische Krise gerät, die es je ausgetreten hatte.

Als die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie den Beschluß faßte, unter bestimmten Voraussetzungen einer Berufung in die Regierung Folge zu leisten, so lag ihr der Gedanke durchaus fern, das Kabinett Wirth oder die bürgerliche Staatsform zu retten. Sie ließ sich dabei lediglich von der Erkenntnis leiten, daß unter den heutigen Verhältnissen die Wiederherstellung der Monarchie die größte Gefahr für die Arbeiterklasse bringen würde, und daß sie an ihrem Teile alles dazu beitragen müsse, um die Front davor zu verstärken, die die Republik zu erhalten wünschen. Selbst wenn der bürgerliche Demokrat und der Sozialist zur Durchführung dieses Zweckes eine Zeitlang zusammengehen, so bleiben ihre Auffassungen doch durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt. Denn für den bürgerlichen Demokraten ist die republikanische Staatsverfassung das Endziel, hinter dem es nichts anderes mehr zu fordern gibt, als die Garantie für das ungestörte Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft. Dem Sozialisten aber soll die republikanische Verfassung erst die Grundlage schaffen, von der sich der Kampf um die Beseitigung des Kapitalismus, um die Verwirklichung des Sozialismus, frei von allen Fesseln des Obrigkeitstaats, entfalten kann. Die Unabhängige Sozialdemokratie darf sich bei ihrem Beschluß auf das kommunistische Manifest berufen, das anerkannt hat, daß die Arbeiterklasse auch mit der Bourgeoisie zusammen kämpfen müsse, sobald diese gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei aufträte. Sie unterläßt aber auch nicht, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindseligen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten. Den demokratischen Parteien des Bürgerturns ist es wohl bewußt, daß der Zutritt der Unabhängigen zur Koalition eine unherunterstehende Stärkung des Einflusses der Arbeiterkraft mit sich bringen und daß sich das Schwergewicht der Regierungspolitik künftig nach links verlegen müßte.

So schwanken die bürgerlichen Parteien des Kabinetts Wirth zwischen Hoffen und Jagen hin und her. Sie haben damit vorläufig nur das erreicht, daß die politische Krise sich verschärft und die wirtschaftliche Lage des Reichs sich katastrophal zuspitzt. Die Gärung in den Arbeitermassen steigert sich zusehends, sie wollen die gewaltigen Grundgebungen der beiden jüngstvergangenen Wochen nicht zu dem Zweck veranlassen, damit die Reaktion eine neue Stärkung erfahre. Dazu kommt der neue Sturz der Mark, der nicht nur den deutschen Zahlungsplan an die Entente über den Haufen wirft, sondern auch die Möglichkeit einer Sanierung der Staatsfinanzen wieder in weite Ferne rückt. Wollen also Demokraten und Zentrum ihre Komödie mit der Volkspartei zu einem ernsthaften Spiel machen, so zertrümmern

se ihre eigene Regierung, der dann nichts anderes übrig bleibt, als die Auflösung des Reichstages zu veranlassen und Neuwahlen auszusprechen.

Dass die Arbeiterklasse ein Interesse daran, die Dinge zur Katastrophe treiben zu lassen? Die Kommunisten besitzen diese Frage.

Unter den gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ist das deutsche Proletariat gezwungen, auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung keinen Emanzipationskampf fortzusetzen.

Zentrum und Demokraten treiben ein geistiges Spiel und es ist höchste Zeit, daß sie damit zu Ende kommen.

Skandalöse Wegnahme eines Schulgebäudes.

Interpellation der Senatoren Richter, Wolach und Genossen an den Herrn Minister für Schulwesen und Unterricht und den Herrn Minister des Innern.

Am Jahre 1919 wurde der deutsche Ort Klein-Studník bei Jglau aus dem bisherigen Verband der deutschen Gemeinde Gossau ausgegliedert und in die tschechische Gemeinde Kutilitz angegliedert.

Wir fragen die Herren Minister:

- 1. Wie rechtfertigen dieselben das Vorgehen der politischen Bezirksverwaltung in Jglau, welche sich über die Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes einfach hinwegsetzt?
2. Wie rechtfertigen die Herren Minister diese Beschlagnahme des Schulhauses in Klein-Studník, welche mit der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes im Widerspruch steht, da anlässlich der Beschlagnahme des deutschen Schulgebäudes in Silberberg diese Beschlagnahme als ungesetzlich erklärt wurde, weil das Gebäude nicht frei, sondern durch einen Mietvertrag für Zwecke der deutschen Privatschule reserviert war.
3. Sind die Herren Minister gewillt, die Beschlagnahme des deutschen Schulgebäudes in Klein-Studník sofort rückgängig zu machen? (Folgen die Unterschriften.)

Senat.

125. Sitzung.

Auch das Programm der gestrigen Senats-Sitzung wäre wohl in monotoner Weise abgewickelt worden, wenn nicht vor allem die deutschen Sozialdemokraten kritische Stellung zu mehreren Vorlagen genommen hätten.

Um 1/5 Uhr eröffnete Vizepräsident Kadla die gestrige Sitzung. Zunächst referierten die Senatoren Dr. Vesely und Adernann über den Beschluß des Abgeordnetenhauses, betreffend den Antrag der Abg. Langr, Bezdel etc. auf außerordentliche Maßnahmen der Wohnungsfürsorge.

Senator Genosse Becker.

Die Vorlage, die uns jetzt beschäftigt, ändert an dem gegenwärtigen Zustand, soweit es sich um die Wohnungslage handelt, gar nichts.

vorliegenden Gesetzes. Den politischen Bezirksverwaltungen soll es überlassen bleiben, ob jene Wohnungen, die im Jahre 1921 mindestens sechs Monate vermietet waren, wieder vermietet werden müssen.

Wenn wir uns nun den § 13 ansehen, so gilt ihm zufolge das jetzt bestehende Prinzip, daß das Wohnungsbeschlagnahmengesetz doch aufgehoben ist. Der § 13 sagt, daß Wohnungen von Staatsangestellten, Staatsbediensteten usw., die ihre Wohnung wechseln, für ihre Nachfolger im Dienst reserviert bleiben müssen.

nungen aufnehmen werden. Redner sagt weiter: Der Hebel müßte bei der Baulastigkeit angelegt werden. Und wenn Sie sagen, Sie können hier nicht anders als durch eine Bauanleihe eingreifen, so trifft das hier eben nicht zu.

Weil wir aus Erfahrung wissen, daß alle Verbesserungsorschläge, die von der Opposition kommen, einfach niedergestimmt werden und weil wir sehen, daß die von unseren Parteigenossen im Abgeordnetenhaus gestellten Anträge, die eine Verbesserung des Gesetzes darstellen, abgelehnt wurden, haben wir natürlich diese Anträge hier nicht wiederholt.

Obwohl wir also die Ueberzeugung haben, daß auch das vorliegende Gesetz an den bestehenden Zuständen nichts ändern wird oder doch so wenig, daß es kaum in die Waagschale fällt, werden wir doch für das Gesetz stimmen. (Beifall.)

Sen. Hartl (deutschnat.) stimmt mit der Ausführung des Vordruckers überein und sagt, daß er diese Erklärung unter der Nachwirkung des gestrigen Vorgehens der Mehrheitspartei abgibt, durch welches die Möglichkeit einer Erweiterung über die schändlichen Vorkommnisse der letzten Zeit den Deutschen abgeschnitten wurde.

Das Gesetz wurde hierauf in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Zum nächsten Verhandlungsgegenstand, betreffend das Bruderladengesetz, erstatteten die Senatoren Jakuba und Hablena Bericht.

Senator Genosse Jarolim.

Durch das vorliegende Gesetz soll eine bescheidene Reform der Bruderladenversicherung vorläufig zum Abschluß gebracht werden.

Der Alt Reindl.

Von Franz Turba.

Der Alt Reindl war im Anfang ein Akt, wie alle amtlichen Schriftstücke sind. Er trug eine Nummer, ein Datum, ging von einer Behörde aus und war an eine Behörde gerichtet.

Reindl besaß offenbar kein Talent zur Geschäftigkeit und hatte nach dem Austritt aus dem Dienste des Baumeisters den Schlagplatz seiner Wirksamkeit in die Großstadt verlegt.

nach Steiermark, von Steiermark nach Schlessen, von Schlessen nach Salzburg „berzog“, so trat er im Frühjahr 1912 ins Leben getretene Akt, als es im Herbst 1913 gelang, in Klagenfurt die Auslagen des lange Gefüchten dem Schriftstück einzuverleiben.

Inzwischen war die außerhalb der Arzthallen, Amtsstempeln und Unterschriften spielende Weltgeschichte bis zum Sommer 1914 vorgerückt, und am Tage nach dem Morde von Sarajewo machte sich das Schriftstück von neuem auf die Suche nach Reindl.

in den Karpathen freiernde Landsturminfanterist Reindl nicht im entferntesten beanspruchen durfte. Für den Akt stand eine eigene Ordnung bereit, der das Schriftstück von der Post zum Kommando brachte, aus dem Zimmer des Adjutanten in die Schreibkammer trat und danach dem Major zur Unterschrift vorlegte.

Beim Militär besteht die strenge Vorschrift, daß jede einfache Bitte, Beschwerde und Meldung vom Infanteristen bis zum General den vorgeschriebenen Dienstweg durchläuft.

tärischen Dienstweges immer neuen Betriebsstoff zuführten. Man wird aber auch verstehen, daß der Alt Reindl seinen beschwerlichen Marsch durch das Labyrinth der militärischen Kommanden, Truppen, Anstalten und Verbände nicht im über-eilten Tempo eines Sturmangriffes zurücklegen konnte.

Am Tage des glorreichen Durchbruchs bei Gorlice erhob die 9. Ersatzkompagnie des Ersatzbataillons 4, daß der Landsturminfanterist, mit dessen vorkriegserfahrer ziviler Beschäftigung sich so viele Pro-Aktahlen, Abschriften und Registraturbücher befaßten, vor einem halben Jahre zur Armee ins Feld abgegangen war.

Angewiesen war der Landsturminfanterist Reindl durch einen Granateneinschlag verschüttet und mit einer Verwundung an ein Spital in die Heimat abgeschossen worden.







